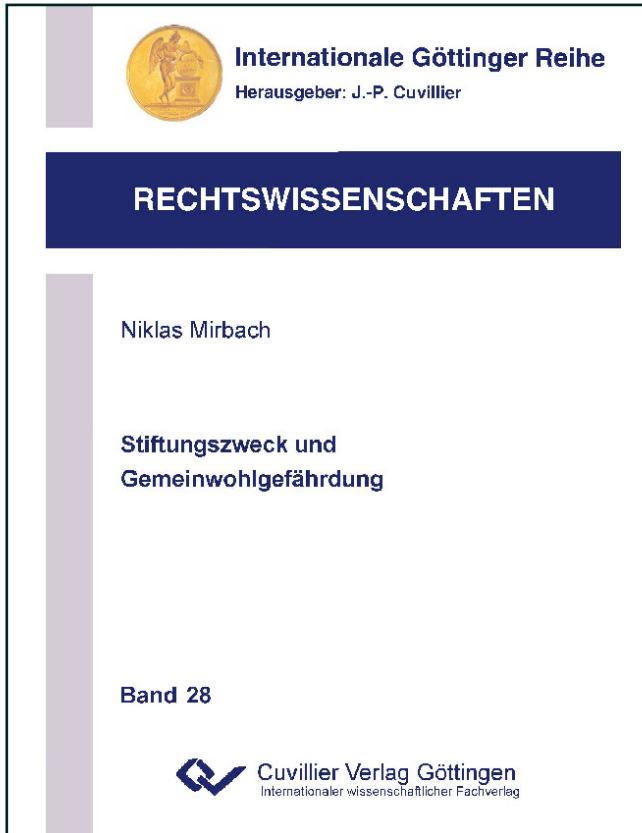




Niklas Mirbach (Autor)
Stiftungszweck und Gemeinwohlgefährdung



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/294>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>

Gliederung

A. Einleitung	1
I. Einführung in die Problemstellung	1
II. Aufgabenstellung	11
III. Klärung des Verständnisses von den Gemeinwohlklauseln	12
IV. Vorgehensweise	13
B. Die rechtsfähige Stiftung	15
I. Einleitung	15
II. Die Abgrenzung der rechtsfähigen Stiftung	17
1. Die Abgrenzung zu anderen juristischen Personen des Privatrechts	17
2. Die Abgrenzung zur Stiftung öffentlichen Rechts	18
3. Die Abgrenzung zur unselbständigen Stiftung	19
a) Unterschiede	19
b) Müssen die §§ 80 ff. BGB auf die unselbständige Stiftung analog angewendet werden?	20
4. Die Abgrenzung von den Stiftungskörperschaften	21
5. Zusammenfassung	24
III. Das Stiftungsgeschäft	25
C. Der Stiftungszweck und die anderen Wesensmerkmale einer Stiftung	27
I. Die Wesensmerkmale der Stiftung	27
1. Der Stiftungszweck	27
a) Einleitung	27
b) Motive des Stifters und der Stiftungszweck	28
c) Stifterwille und Stiftungszweck	29
d) Der Stiftungszweck als Gegenstand der Stiftungstätigkeit	31
e) Die Bestimmbarkeit des Stiftungszwecks	36
aa) Die Notwendigkeit eines positiv feststellbaren Stiftungszwecks	36
bb) Das Verbot von zu pauschalen Stiftungszwecke	37
cc) Die Verfolgung mehrerer Stiftungszwecke	37
dd) Zusammenfassung	38
f) Die Gewährleistung einer dauernden und nachhaltigen Erfüllung des Stiftungszwecks	38
aa) Die Dauerhaftigkeit des Stiftungszwecks	38
bb) Die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks	39

XXVIII

g) Die Zweckänderung durch die Stiftungsorgane	40
h) Die Erreichung des Stiftungszwecks	43
2. Das Stiftungsvermögen	44
a) Einleitung	44
b) Die Unterscheidung der Stiftungstypen nach Art der Vermögensausstattung	45
c) Der stiftungsrechtliche Vermögensbegriff	45
d) Die Kapitalausstattung im Stiftungsrecht	48
3. Die Stiftungsorganisation	50
a) Einleitung	50
b) Der Stiftungsvorstand	51
aa) Die Geschäftsführung durch den Stiftungsvorstand	51
bb) Die Vertretung durch den Stiftungsvorstand	52
cc) Die Kontrolle des Stiftungsvorstands	53
c) Der Stifter	53
d) Die Stiftungsdestinatäre	55
II. Eine weitere Besonderheit: Die staatliche Stiftungsaufsicht	57
1. Einleitung	57
2. Die Schutzgüter und die Aufgaben der staatlichen Stiftungsaufsicht	57
a) Die zwei Schutzgüter der staatlichen Aufsicht	57
b) Die Aufsicht zum Schutz der Destinatäre und des Stifters	59
c) Die Aufgabe der staatlichen Stiftungsaufsicht	60
d) Die staatliche Aufsicht als Rechtsaufsicht	61
e) Zusammenfassung	62
3. Die Stiftungsaufsicht im Gründungsverfahren	62
a) Einleitung	62
b) Die Anerkennung	62
aa) Das Anerkennungsverfahren	63
bb) Die Diskussion um die Vorstiftung	64
4. Die laufende Stiftungsaufsicht	65
5. Die Änderung der Grundlagen nach § 87 Abs. 1 BGB	68
a) Die zwei Tatbestandsalternativen des § 87 Abs. 1 BGB	68
b) Verfahren	69
c) Die hoheitliche Zweckänderung	70
d) Die hoheitliche Auflösung	70
e) Die Regelungen in den Landesstiftungsgesetzen	70

6. Der Rechtsschutz gegen die hoheitlichen Grundlagenänderungen	71
7. Das Erlöschen der Stiftung	72
D. Die Zulässigkeit einzelner Stiftungsvorhaben	75
I. Einleitung	75
II. Die umstrittenen Stiftungsvorhaben	76
III. Die Stiftung für den Stifter	78
1. Begriff	78
2. Beispiele	79
a) Stiftung für den Stifter als Destinatär	79
b) Die faktische Stiftung für den Stifter	79
3. Die Stiftung für den Stifter als Gestaltungsmittel	80
4. Zur Zulässigkeit der Stiftung für den Stifter	81
a) Einführung in den Streitstand	81
b) Kritik an der Zulässigkeit	82
c) Die Verteidigung der Zulässigkeit	84
d) Stellungnahme	86
aa) Einleitung	86
bb) Der Stiftungsbegriff	87
cc) Das Wesen der Stiftung	91
dd) Zwischenergebnis	91
5. Zusammenfassung	92
IV. Die Selbstzweckstiftung	93
1. Der Begriff und die Formen der Selbstzweckstiftung	93
2. Beispiele	94
a) Die Bargeldselbstzweckstiftung	94
b) Die Kapitalselbstzweckstiftung	95
c) Die Kulturselbstzweckstiftung	95
d) Die Unternehmensselbstzweckstiftung	95
3. Zur Zulässigkeit der Selbstzweckstiftung	95
4. Die Diskussion um die Unternehmensselbstzweckstiftung	97
a) Die Ansicht der Zulässigkeit bei gemeinwohlfördernden Zügen	98
b) Die Ansicht der prinzipiellen Unzulässigkeit der Selbstzweckstiftung	98
c) Der Vergleich zum Zweckverwirklichungsunternehmen	98
d) Stellungnahme	99

5. Zwischenergebnis _____	100
V. Familienstiftungen _____	101
1. Begriff, Bedeutung und Formen der Familienstiftung _____	101
a) Einleitung _____	101
b) Der Begriff der Familienstiftung _____	101
aa) Einleitung _____	101
bb) Steuerrechtliche Ansätze zum Begriff der Familienstiftung _____	102
cc) Der zivilrechtliche Begriff der Familienstiftung _____	103
dd) Der Begriff der Familienstiftung in dieser Arbeit _____	104
c) Die Bedeutung der Familienstiftung _____	105
d) Die Formen der Familienstiftung _____	105
2. Beispiele _____	106
a) Die Unterhaltsstiftung _____	106
b) Die Bedürftigkeitsstiftung _____	106
c) Die Sukzessivstiftung _____	106
3. Zur Zulässigkeit der Familienstiftung _____	106
a) Einführung in die Problemstellung _____	106
b) Die Rechtslage vor der Reform _____	108
c) Die Kritik an der Familienstiftung vor der Reform _____	108
aa) Die Ansicht von Reuter _____	109
bb) Die Ansicht von Däubler und Rawert _____	109
cc) Die Erwiderung durch die herrschende Meinung _____	110
dd) Der Reformprozess _____	111
ee) Der Meinungsstand nach dem Reformgesetz vom 15. Juli 2002 _____	113
4. Zusammenfassung _____	114
VI. Unternehmensverbundene Stiftungen _____	115
1. Einführung _____	115
a) Begriff _____	115
b) Beispiele _____	115
aa) Unternehmensträgerstiftung/Dotationsquelle _____	115
bb) Beteiligungsträgerstiftung/Dotationsquelle _____	115
c) Die verschiedenen Funktionen des Unternehmens bei einer unternehmensverbundenen Stiftung _____	116
2. Die umstrittenen Formen der unternehmensverbundenen Stiftung _____	116
a) Einleitung _____	116

b) Einsatz zur Unternehmensperpetuierung	117
b) Die Funktionsstiftungen	118
aa) Die Stiftung & Co. KG	118
bb) Die Doppelstiftung	120
3. Zur Zulässigkeit der unternehmensverbundenen Stiftung	121
a) Einleitung	121
b) Der Reformprozess	123
c) Der Meinungsstand nach der Reform	125
aa) Der Ausgangspunkt	125
bb) Die Einwände gegen die Zulässigkeit	125
cc) Verteidigung der Zulässigkeit	128
dd) Stellungnahme	130
4. Zusammenfassung	131
VII. Zwischenergebnis	131
E. Der Gemeinwohlvorbehalt im Stiftungsrecht	133
I. Einleitung	133
II. Die Gesetzesbegründung	135
1. Der Grundsatz der gemeinwohlkonformen Allzweckstiftung	135
a) Einleitung	135
b) Die historische Entwicklung der gemeinwohlkonformen Allzweckstiftung	136
c) Die unterschiedlichen Auffassungen zur Gemeinwohlkonformität	138
aa) Die Gemeinwohlkonformität bei Gemeinwohlorientierung	138
bb) Die uneingeschränkte Gemeinwohlvorstellung des Stifters	139
cc) Die Gemeinwohlkonformität bei Gesetzeskonformität	139
d) Fazit	139
2. Die traditionelle Verknüpfung der Stiftung mit dem Gemeinwohl	141
3. Der Verweis auf die Entscheidung zur Franz-Schönhuber-Stiftung	143
a) Einleitung	143
b) Die Entscheidung zur Franz-Schönhuber-Stiftung	143
aa) Die Definition der Gemeinwohlgefährdung	143
bb) Der Sachverhalt	143
cc) Der Gang des Verfahrens	144
dd) Die Herleitung aus den Zielen der Partei	145
ee) Die Kritik an dem Urteil in der Literatur	145

ff) Eigene Bewertung	146
c) Die Kritik an der Definition	148
d) Fazit	149
4. Die Gemeinwohlgefährdung in anderen Normen	150
a) Einleitung	150
b) Die Gemeinwohlgefährdung im Körperschaftsrecht	150
c) Die Auflösung einer Handwerksinnung wegen Gemeinwohlgefährdung	152
d) Der Versagungsgrund im Gewerberecht	153
e) Fazit	153
5. Zusammenfassung	154
III. Die Verfassungsmäßigkeit des Gemeinwohlvorbehalts	156
1. Das Grundrecht auf Stiftung und die Stifterfreiheit	156
a) Einleitung	156
b) Die Schlüsselfrage	156
c) Die Entwicklung des „Konsenses“ - Das Grundrecht als rechtspolitisches Instrument	157
d) Das Grundrecht auf Stiftung und die verschiedenen Begründungsversuche	160
aa) Die Grundrechtsfähigkeit der Stiftung als Begründung der verfassungsrechtlich geschützten Stifterfreiheit	160
bb) Die Institutsgarantie der Stiftung als Begründung der verfassungsrechtlich geschützten Stifterfreiheit	164
(1) Einleitung	164
(2) Die Herleitung der Institutsgarantie aus Spezialgrundrechten	165
(3) Die Herleitung einer Institutsgarantie aus Art. 2 Abs. 1 GG	166
(4) Stellungnahme	167
cc) Die Herleitung der Stifterfreiheit	167
(1) Einleitung	167
(2) Die Stiftung als Akt der Eigentumsverwendung	168
(3) Die Stifterfreiheit als Ausdruck der Privatautonomie	168
(4) Die Trennung zwischen vermögens- und organisationsrechtlichen Teil	169
(5) Die Stifterfreiheit als Akt der Persönlichkeitsverwirklichung	170
(6) Stellungnahme	170
dd) Die Stiftung zur Lösung von Gemeinschaftsaufgaben	174
(1) Einleitung	174
(2) Die Zuständigkeit des Bürgers für die Allgemeinheit	174
(3) Reuters Ansatz aus Art. 9 Abs. 1 GG	174

(4) Stellungnahme	175
e) Fazit	175
2. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	176
3. Der Vorbehalt des Gesetzes	177
4. Der Bestimmtheitsgrundsatz	177
5. Fazit	183
IV. Die Bedeutung und die Funktion des Gemeinwohlbegriffs	184
1. Einleitung	184
2. Die historische Gemeinwohlvorstellungen	184
a) Gemeinwohlverständnisse in der Antike	185
b) Christlich geprägte Gemeinwohlverständnisse	186
c) Die Entfernung von dem christlich vorgegebenen Gemeinwohlverständnis	186
d) Geschlossene Gemeinwohlkonzepte in totalitären Herrschaftssystemen	187
e) Die Entwicklung zum offenen Gemeinwohlverständnis im Verfassungsstaat	188
f) Zusammenfassung	189
3. Funktionen des Gemeinwohls	190
V. Das Gemeinwohl im freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat	191
1. Die Offenheit des Gemeinwohls	191
a) Die Offenheit des Gemeinwohls als notwendige Bedingung des Pluralismus	191
b) Die Gemeinwohllakteure des Dritten Sektors	192
c) Das Gemeinwohl ist keine Leerformel	193
d) Zusammenfassung	194
2. Formelle Bestimmungen des Gemeinwohls	195
a) Die Bestimmung nach Kompetenz und Verfahren	195
b) Stellungnahme	195
3. Die Gemeinwohlbelange	196
a) Einleitung	196
b) Öffentliche Interessen als Gemeinwohlbelange	197
c) Die Bestimmung der Gemeinwohlbelange	197
aa) Einleitung	198
bb) Die Bestimmung anhand des Grundgesetzes	198
cc) Die vertragstheoretische Bestimmung von Gemeinwohlbelangen	199
d) Zusammenfassung	200
4. Zwischenergebnis	200

VI. Die Gemeinwohlgefährdung im Stiftungsrecht	202
1. Einleitung	202
2. Die unterschiedlichen Gefährdungsmaßstäbe	202
3. Die Ermittlung der Gemeinwohlgefährdung durch Abwägung	203
4. Die Gemeinwohlgefährdung bei Änderung der Verhältnisse	206
5. Keine Gemeinwohlgefährdung durch unsinnige und unvernünftige Stiftungen	207
6. Die Gemeinwohlgefährdung durch die Stiftung eines Straftäters - Anerkennungsfähigkeit der Marcus Gäfgen-Stiftung?	208
a) Einleitung	208
b) Die Versagung der Anerkennung der Stiftung wegen Gemeinwohlgefährdung des Stiftungszwecks?	209
c) Die Versagung der Anerkennung der Stiftung wegen Sittenwidrigkeit des Stiftungsgeschäfts?	210
d) Ergebnis	213
7. Politische Stiftungen und Gemeinwohlgefährdung	213
8. Die Vermögen-Zweck-Relation	215
VII. Der Gemeinwohlvorbehalt und die umstrittenen Stiftungsvorhaben	217
1. Einleitung	217
2. Die Vereinbarkeit der Stiftung für den Stifter und der Selbstzweckstiftung mit dem Gemeinwohlvorbehalt	219
a) Einleitung	219
b) Der Grundsatz der Fremdnützigkeit	220
aa) Teleologische Auslegung	220
(1) Die Andersartigkeit der rechtsfähigen Stiftung	221
(a) Die Mitgliederlosigkeit	221
(b) Die dauerhafte Manifestation eines Willens	223
(2) Die Vermögensperpetuierung als immanente rechtsformspezifische Gefahr	223
(a) Ordnungspolitische Aspekte	224
(b) Gesellschaftspolitische Aspekte	225
(3) Das Fremdnützigkeitsgebot als Inhalt der Gemeinwohlklausel	226
(a) Der Gemeinwohlvorbehalt als normative Wertung	226
(b) Die Fremdnützigkeit als Rechtfertigung	229
bb) Die Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte	230
c) Ergebnis	233
3. Der Gemeinwohlvorbehalt und die Unterhaltstiftung	234

a) Einleitung	234
b) Die Verletzung öffentlicher Interessen	234
aa) Die Vermeidung von Refeudalisierungstendenzen als gesetzgeberisches Ziel	234
bb) Keine Rechtfertigung der Unterhaltsstiftung	236
(1) Einleitung	236
(2) Die Legitimierung durch den Gesetzgeber	236
(3) Zwischenergebnis	240
c) Ergebnis	240
4. Zur Zulässigkeit der Unternehmensstiftungen – Die verdeckte Selbstzweckstiftung	240
a) Einleitung	240
b) Das Phänomen der verdeckten Selbstzweckstiftung	241
c) Die Identifizierung der verdeckten Selbstzweckstiftung	242
aa) Einleitung	242
bb) Die verdeckte Selbstzweckstiftung und die Stiftungsführung	242
cc) Die verdeckte Selbstzweckstiftung und die rechtliche Gestaltung	243
dd) Die verdeckte Selbstzweckstiftung und die Vermögensvorgabe	245
d) Ergebnis	246
F. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	248